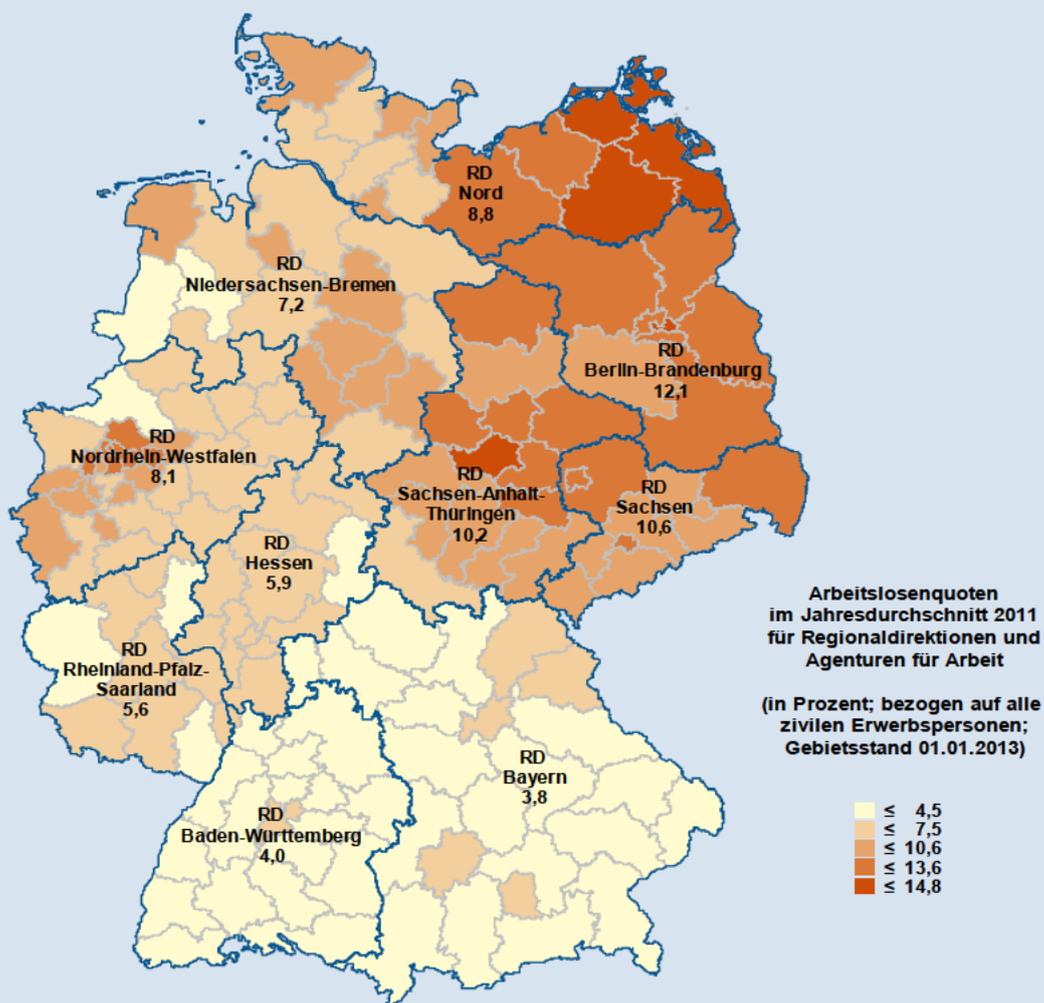


# Zahlen, Daten, Fakten



## Strukturdaten und -indikatoren Agentur für Arbeit Duisburg



Bundesagentur für Arbeit  
Statistik

## Impressum

<b>Reihe:</b>	Zahlen, Daten, Fakten
<b>Titel:</b>	Strukturdaten und -indikatoren
<b>Region:</b>	Agentur für Arbeit Duisburg
<b>Berichtsmonat:</b>	Dezember 2012 (Gebietsstand Januar 2013)
<b>Periodizität:</b>	halbjährlich
<b>Erstellungsdatum:</b>	19.12.2012
<b>Herausgeber:</b>	Bundesagentur für Arbeit Statistik
<b>Rückfragen an:</b>	Statistik-Service West Josef-Gockeln-Str. 7 40474 Düsseldorf
<b>E-Mail:</b>	Statistik-Service-West@arbeitsagentur.de
<b>Hotline:</b>	0211/4306-331
<b>Fax:</b>	0211/4306-470

## Weiterführende statistische Informationen

**Internet:** <http://statistik.arbeitsagentur.de>  
Register: "Statistik nach Themen"  
<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Statistik-nach-Themen-Nav.html>

**Zitierhinweis:** Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Zahlen, Daten, Fakten: Strukturdaten und -indikatoren; Agentur für Arbeit Duisburg, Düsseldorf, Dezember 2012

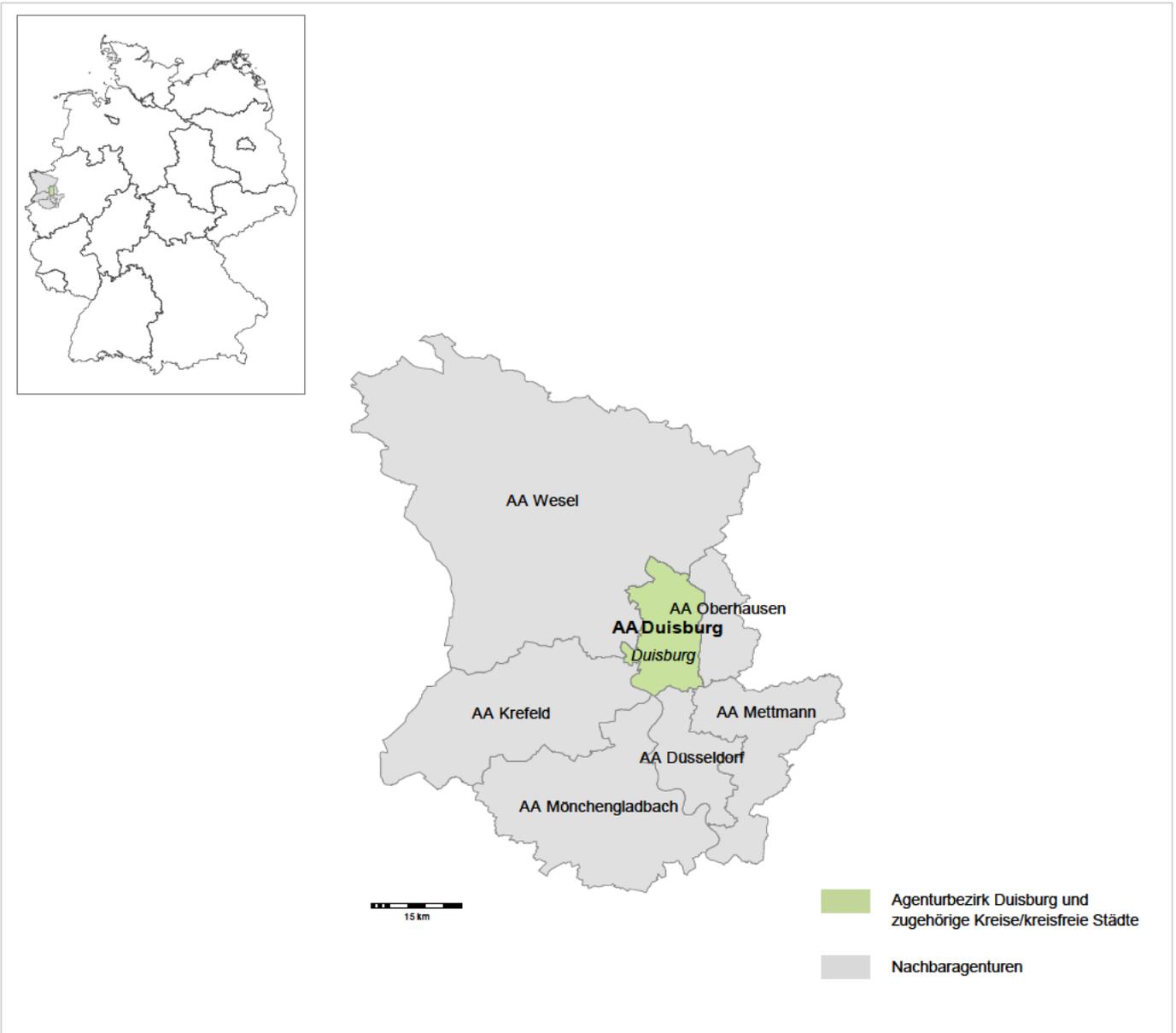
© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Inhalt unterliegt urheberrechtlichem Schutz.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit genauer Quellenangabe gestattet.

Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

## Die Lage und Abgrenzung des Agenturbezirkes Duisburg (Gebietsstand 01.01.2013)



### - Steckbrief -

#### Regionale Lage

Bundesland:	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk:	Düsseldorf
zugehörige Kreise/kreisfreie Städte:	Duisburg, Stadt
Nachbaragenturen:	Düsseldorf, Krefeld, Mettmann, Mönchengladbach, Oberhausen, Wesel

#### Eckdaten:

Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2011):	488.005
Fläche (in km <sup>2</sup> ):	233
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km <sup>2</sup> ):	2.096

BA-Dienststellennummer: 341

## Strukturdaten des regionalen Arbeitsmarktes

341 Duisburg

Merkmale	Nordrhein-Westfalen	Agentur für Arbeit Duisburg	Kreis	
			Duisburg, Stadt	
	1	2	3	
<b>Bevölkerungsstatistik</b> (Stichtag 31.12.2011)				
Bevölkerung insgesamt	17.841.956	488.005	488.005	
Männer	8.718.019	239.730	239.730	
Frauen	9.123.937	248.275	248.275	
Ausländer	1.908.121	83.110	83.110	
unter 25 Jahre	4.512.932	121.991	121.991	
25 bis unter 50 Jahre	6.081.357	164.440	164.440	
50 Jahre und älter	7.247.667	201.574	201.574	
im erwerbsfähigen Alter (15 bis u. 65 Jahre)	11.784.173	319.185	319.185	
Überschuss im Jahresverlauf				
Geborene (+) bzw. Gestorbene (-)	-45.847	-1.879	-1.879	
Zu-(+) bzw. Fortzüge (-) <sup>1)</sup>	42.643	316	316	
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km <sup>2</sup> )	523	2.096	2.096	
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder</b> (Jahressummen 2009) <sup>2)</sup>				
Bruttoinlandsprodukt (in Millionen €)	522.920	13.583	13.583	
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (in €)	19.682	15.968	15.968	
<b>Beschäftigungsstatistik</b> (Stichtag 30.06.2011 bzw. Bruttoarbeitsentgelt Stichtag 31.12.2010, vorläufige Ergebnisse) <sup>3)</sup>				
sozialversicherungspfl. Beschäftigte (Arbeitsort)	5.963.603	156.560	156.560	
Primärer Sektor	28.061	103	103	
Sekundärer Sektor	1.759.317	47.051	47.051	
Tertiärer Sektor	4.175.973	109.403	109.403	
Bruttoarbeitsentgelt (Median in €) (Arbeitsort)	2.839	3.048	3.048	
sozialversicherungspfl. Beschäftigte (Wohnort)	5.876.380	150.470	150.470	
Pendlersaldo (Einpendler - Auspendler)	87.223	6.090	6.090	
ausschl. geringf. entl. Beschäftigte (Arbeitsort)	1.252.832	28.831	28.831	
ausschl. geringf. entl. Beschäftigte (Wohnort)	1.240.269	31.939	31.939	
<b>Arbeitsmarktstatistik</b> (Jahresdurchschnittswerte 2011)				
Arbeitslosenquote auf Basis aller ziv. Erwerbspersonen	8,1	13,1	13,1	
Arbeitslose insgesamt	728.637	31.807	31.807	
Männer	389.307	16.939	16.939	
Frauen	339.330	14.868	14.868	
Ausländer	153.099	8.650	8.650	
15 bis unter 25 Jahre	69.005	2.846	2.846	
25 bis unter 50 Jahre	451.647	20.810	20.810	
50 bis unter 65 Jahre	207.977	8.151	8.151	
gemeldete soz.-vers.-pfl. Arbeitsstellen	89.758	2.556	2.556	
<b>Ausbildungsstellenmarktstatistik</b> (Berichtsjahr 2011/2012) <sup>4)</sup>				
Bewerber für Berufsausbildungsstellen	140.841	3.425	3.425	
unversorgte Bewerber zum 30.09.	4.375	63	63	
Berufsausbildungsstellen	104.151	3.254	3.254	
unbesetzte Berufsausbildungsstellen zum 30.09.	4.694	143	143	
<b>Grundsicherungsstatistik</b> (Jahresdurchschnittswerte 2011) <sup>5)</sup>				
Bedarfsgemeinschaften	822.862	35.485	35.485	
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1.607.420	68.658	68.658	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.145.254	49.498	49.498	

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

### Hinweise

\*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert. Gleiches gilt, wenn in einer Region 1 oder 2 Betriebe ansässig sind oder einer der Betriebe einen so hohen Beschäftigtenanteil auf sich vereint, dass die Beschäftigtenzahl praktisch eine Einzelangabe über den Branchenführer darstellt (Dominanzfall).  
- Soweit nicht anders angegeben, wird jeweils die Anzahl berichtet. Aufgrund fehlender Angaben können einzelne Werte geringfügig untererfasst sein.

- Datenrevisionen können zu Abweichungen gegenüber Auswertungen mit früherem Erstellungsdatum führen.

1) Die Wanderungsbewegungen beziehen sich auf die jeweilige Gebietsebene, d.h. z.B. "in den Kreis zugezogen" bzw. "in einen anderen Kreis gezogen", analog bei der Landesebene.

2) Neuere Daten liegen wegen der derzeit laufenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder noch nicht in der benötigten Tiefe vor.

3) Daten der Beschäftigungsstatistik sind für drei Jahre nach dem Stichtag vorläufig und können revidiert werden.

4) Das Berichtsjahr 2011/2012 begann am 1. Oktober 2011 und endete am 30. September 2012.

5) Die Daten der Grundsicherungsstatistik können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

### Datenquellen:

- Bevölkerungsstatistik: Statistisches Bundesamt bzw. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, eigene Berechnungen.

- VGR: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2010).

- Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt-, Ausbildungsmarkt- und Grundsicherungsstatistik: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Angaben speisen sich aus Daten aus dem IT-Vermittlungssystem der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine verwertbaren bzw. plausiblen Daten geliefert wurden - aus ergänzenden Schätzungen der BA.

## Strukturindikatoren des regionalen Arbeitsmarktes

341 Duisburg

Indikatoren	Deutschland	RD Nordrhein-Westfalen			Agentur für Arbeit Duisburg	Kreis
		Insgesamt	Minimum der Agenturen	Maximum der Agenturen		Duisburg, Stadt
						1
<b>Wirtschaftliche Situation (Arbeitsmarkt)</b>						
W1 Beschäftigungsquote insgesamt	52,1	49,7	44,8	54,9	47,0	47,0
W2 Beschäftigungsquote der Älteren (50 bis unter 65 Jahre)	47,2	45,0	38,7	52,2	43,0	43,0
W3 Anteil älterer Beschäftigter (50 bis unter 65 Jahre)	27,4	27,1	22,1	29,5	27,5	27,5
W4 Beschäftigungsquote der Frauen	48,5	44,4	38,6	50,1	39,8	39,8
W5 Entwicklung der Beschäftigung (2000 - 2011)	2,0	1,2	-8,4	10,7	-4,1	-4,1
W6 Arbeitslosenquote (bzgl. auf alle ziv. Erwerbspersonen)	7,1	8,1	3,8	13,1	13,1	13,1
W7 Unterbeschäftigungsquote	9,9	11,0	5,5	16,9	16,6	16,6
W8 Unterbeschäftigungsquote der Jüngeren (15 bis unter 25 Jahre)	7,9	8,9	5,1	15,0	13,4	13,4
W9 Tertiarisierungsgrad	69,0	70,0	45,9	84,9	69,9	69,9
W10 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner	29.278	29.220	20.642	72.425	27.565	27.565
W11 Teilzeitquote	20,0	19,2	14,8	21,8	17,5	17,5
W12 Einpendlerquote	0,4	5,7	13,2	62,2	48,2	48,2
W13 Auspendlerquote	x	4,3	15,5	52,6	46,1	46,1
<b>Demographische Entwicklung</b>						
D1 Bevölkerungsentwicklung (2000 - 2011)	-0,5	-0,9	-6,6	5,6	-5,2	-5,2
D2 Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren	24,3	25,3	22,5	28,4	25,0	25,0
D3 Anteil der Bevölkerung ab 50 Jahren	41,2	40,6	35,9	44,1	41,3	41,3
D4 Jugend-Alter-Relation in der Bevölkerung	58,9	62,3	53,3	75,3	60,5	60,5
D5 Ausländeranteil in der Bevölkerung	9,1	10,7	5,5	18,3	17,0	17,0
<b>Soziale Lage</b>						
S1 SGB II-Quote insgesamt	9,8	11,3	5,4	18,9	17,8	17,8
S2 SGB II-Quote der unter 15-Jährigen	15,2	17,9	8,2	30,8	28,3	28,3
S3 Betreuungsquote der Kinder unter 6 Jahren	59,3	54,5	50,1	58,2	51,0	51,0
<b>Bildungslage</b>						
B1 Anteil der höher Qualifizierten an den Beschäftigten	10,8	10,4	6,6	18,6	7,1	7,1
B2 Anteil Abgänger ohne Hauptschulabschluss	5,7	5,4	4,0	8,5	7,9	7,9
B3 Relativer Wanderungssaldo (18 bis unter 25 Jahre)	1,4	1,2	-3,8	13,9	2,0	2,0
B4 Ausbildungsquote	5,7	6,1	4,5	8,0	6,3	6,3

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Der jeweilige Zeitbezug sowie die exakten Definitionen und die Aussage der einzelnen Indikatoren sind den methodischen Hinweisen zu entnehmen.

## Glossar Strukturdaten

Stand: 14.12.2012

### Bevölkerungsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt)

<b>Bevölkerung</b>	Der Bevölkerungsstand umfasst alle mit alleiniger oder Hauptwohnung gemeldeten Einwohner einer Gemeinde, also auch alle dort gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer.
<b>Wanderungssaldo</b>	Die Differenz zwischen den Zuzügen und den Fortzügen wird als Wanderungssaldo bezeichnet. Ein positiver Wanderungssaldo entspricht einem Zuwanderungsgewinn, ein negativer Wanderungssaldo bedeutet einen Abwanderungsverlust. Als Wanderung gilt jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Änderung des Wohnungsstatus, d. h. die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall. Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Bei den Angaben sind zudem nur diejenigen Zu- und Fortzüge enthalten, welche die entsprechende Gebietsgrenze (Kreis, Agenturbezirk bzw. Bundesland) überschreiten.

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder")

<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.
<b>Verfügbares Einkommen</b>	Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen. Abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

### Beschäftigungsstatistik

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte</b>	Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Wehr- und Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst aus einem weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte und Beamtinnen, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.
<b>Wirtschaftssektoren</b>	Entsprechend der volkswirtschaftlichen Betrachtung von Wirtschaftssektoren werden die Wirtschaftsabschnitte in drei Sektoren der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008 unterteilt: Primärer Sektor (Landwirtschaft) - Wirtschaftsabschnitt A, Sekundärer Sektor (Bergbau, Industrie) - Wirtschaftsabschnitte B bis F sowie Tertiärer Sektor (Dienstleistungen) - Wirtschaftsabschnitte G bis U.
<b>Monatliches Bruttoarbeitsentgelt</b>	Das monatliche Bruttoarbeitsentgelt umfasst Entgelte aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung. Zum sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelt zählen nach § 14 SGB IV alle laufenden und einmaligen Einnahmen. Es werden nur Entgeltangaben für am 31.12. des jeweiligen Jahres Beschäftigte ausgewertet. Die Entgeltangaben werden auf einen einheitlichen Zeitraum normiert und auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende) eingeschränkt. Das monatliche Bruttoarbeitsentgelt wird als Median (50 %-Quantil) ausgewiesen, da die Bildung eines arithmetischen Mittels aufgrund der Besonderheiten des Meldeverfahrens (Beitragsbemessungsgrenze) nicht sinnvoll ist. Der Medianwert ist so zu interpretieren, dass die Hälfte der Beschäftigten ein geringeres Entgelt, die andere Hälfte ein höheres Entgelt erzielt.
<b>Arbeitsort- und Wohnortprinzip</b>	<b>Arbeitsortprinzip</b> Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Gebietseinheit (z. B. Kreis) arbeiten, unabhängig davon wo sie wohnen. Diese Zahl gibt gleichzeitig an, wieviel sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze es in der Gebietseinheit gibt. <b>Wohnortprinzip</b> Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Gebietseinheit wohnen, unabhängig davon wo sie arbeiten.
<b>Pendler</b>	Als Pendler (über die Gemeindegrenzen) gelten alle Personen, deren Arbeits- bzw. betrieblicher Ausbildungsplatz in einer anderen Gemeinde als der Wohnsitzgemeinde liegt. Nach der Richtung der Pendelwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit bzw. Ausbildung fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man die selben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeits- und Ausbildungsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.  Pendlerzahlen bzw. -salden für Kreise, Agenturbezirke und Bundesländer enthalten nur diejenigen Pendler, die aus der jeweiligen Gebietseinheit auspendeln bzw. in diese einpendeln. Pendler zwischen Gemeinden innerhalb der jeweiligen Gebietseinheit werden somit nicht als Pendler für diese Gebietseinheit ausgewiesen.

## Glossar Strukturdaten

Stand: 14.12.2012

<p><b>Geringfügig Beschäftigte</b></p>	<p>In der Statistik der geringfügig Beschäftigten werden Beschäftigte gezählt, die nur eine oder mehrere geringfügig entlohnte oder kurzfristige Beschäftigungen ausüben, die sich – auch bei einer Zusammenrechnung – in den Grenzen des § 8 Abs. 1 SGB IV bewegen. Es wird unterschieden zwischen ausschließlich geringfügig Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten im Nebenjob (neben einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung).</p> <p>Eine <b>geringfügig entlohnte Beschäftigung</b> nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat 400 € nicht überschreitet.</p>
<p><b>Arbeitsmarktstatistik</b></p>	
<p><b>Arbeitslose</b></p>	<p>Arbeitslose sind nach § 16 SGB III Personen, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 136-141 SGB III) - vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, - eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und - sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben (vgl. §§ 2, 16, 323 SGB III).</p> <p>Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.</p> <p>Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53a Abs. 1 SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.</p>
<p><b>Arbeitslosenquote</b></p>	<p>Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen.</p> <p>Bei der Betrachtungsweise mit allen zivilen Erwerbspersonen werden alle zivilen Erwerbstätigen berücksichtigt. Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigte, Beamte (ohne Soldaten) sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Demgegenüber steht die Betrachtungsweise nur mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (d. h. ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige).</p>
<p><b>Gemeldete Arbeitsstellen</b></p>	<p>Hierbei handelt es sich um Arbeitsstellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen, die bei der Bundesagentur für Arbeit zur Besetzung gemeldet wurden. Nicht integraler Bestandteil der gemeldeten Arbeitsstellen sind Arbeitsstellen für Freiberufler, Selbständige sowie Arbeitsstellen der Privaten Arbeitsvermittlung, da diese Arbeitsstellen nicht unter den Begriff der Beschäftigung im Sinne des § 7 SGB IV fallen und Arbeitslose Arbeitsstellen, die mit einem unternehmerischen Risiko verbunden sind, nicht annehmen müssen. Ebenso sind Saisonstellen kein Bestandteil der gemeldeten Arbeitsstellen.</p> <p>Die Arbeitsstellen umfassen nur ungeforderte Arbeitsstellenangebote am sogenannten 1. Arbeitsmarkt und setzen sich aus sozialversicherungspflichtigen, geringfügigen (Minijobs etc.) und sonstigen (z. B. Praktikanten-Arbeitsstellen) Arbeitsstellen zusammen. Arbeitsstellen im Ausland werden nur bei Deutschland insgesamt gezählt. Innerhalb dieses Produktes werden nur die gemeldeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen abgebildet.</p>
<p><b>Ausbildungsstellenmarktstatistik</b></p>	
<p><b>Bewerber</b></p>	<p>Als <b>Bewerber</b> für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr individuelle Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen und deren Eignung dafür geklärt ist bzw. deren Voraussetzung dafür gegeben ist. Hierzu zählen auch Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle in Berufsbildungswerken oder in sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführen.</p> <p>Zu den Bewerbern für Berufsausbildungsstellen rechnen auch solche Jugendliche, die für eine Berufsausbildung im dualen System vorgemerkt wurden, sich aber im Zuge ihres individuellen Berufswahlprozesses im Laufe des Berichtsjahres aus unterschiedlichen Gründen für andere Ausbildungs-/Bildungsalternativen - wie z. B. Schulbildung, Studium, Aufnahme einer Berufsausbildung außerhalb des dualen Systems oder auch eine Beschäftigung - entscheiden.</p> <p>Unter den gemeldeten Bewerbern befinden sich auch Personen, die die Schule nicht im laufenden Berichtsjahr, sondern im Vorjahr oder in früheren Jahren verlassen haben und somit zusätzlich zum Nachfragepotential des aktuellen Schulentlassjahres eine Ausbildung aufnehmen wollen.</p> <p>Zum Bestand an <b>unversorgten Bewerbern</b> rechnen Kunden, für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine andere Alternative zum 30. September bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen laufen.</p>
<p><b>Berufsausbildungsstellen</b></p>	<p>Als <b>Berufsausbildungsstellen</b> zählen alle mit einem Auftrag zur Vermittlung gemeldeten und im Berichtsjahr zu besetzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen für anerkannte Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), einschließlich der Ausbildungsplätze in Berufsbildungswerken und sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführen. Als betriebliche Berufsausbildungsstellen zählen gemeldete Berufsausbildungsstellen abzüglich Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen, abzüglich Berufsausbildungsstellen für Rehabilitanden mit Ausnahme der nach § 241 Abs. 2 SGB III geförderten Ausbildungsstellen, bis Dez. 2003 abzüglich Berufsausbildungsstellen nach dem "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" und (nur Ostdeutschland und Berlin) abzüglich Berufsausbildungsstellen aus ergänzenden Sonderprogrammen des Bundes und der Länder.</p> <p>Zum Bestand an <b>unbesetzten Berufsausbildungsstellen</b> zählen alle betrieblichen Berufsausbildungsstellen, die bis zum jeweiligen Stichtag nicht besetzt und nicht storniert wurden.</p>

## Glossar Strukturdaten

Stand: 14.12.2012

Die Angaben zu den Ausbildungsstellen enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern. Nach Einschätzung der Statistik der BA dürften bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) nur wenig ungeforderte Ausbildungsstellen nach dem BBiG gemeldet sein, die nicht gleichzeitig bei den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen erfasst sind. Deshalb wird der Bewerberzahl einschließlich zKT die Zahl der Ausbildungsstellen ohne zKT gegenübergestellt.

### Grundsicherungsstatistik

<p><b>Bedarfsgemeinschaften</b></p>	<p>Eine Bedarfsgemeinschaft (BG) bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft (nach § 7 SGB II) hat mindestens einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Des Weiteren zählen dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- weitere erwerbsfähige Leistungsberechtigte,</li> <li>- die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner/in dieses Elternteils,</li> <li>- als Partner/in des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten             <ul style="list-style-type: none"> <li>- die/der nicht dauernd getrennt lebende Ehegattin/Ehegatte,</li> <li>- der/die nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner/in,</li> <li>- eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,</li> </ul> </li> <li>- die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder der in den ersten drei aufgezählten Punkten genannten Personen, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können.</li> </ul> <p>Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft respektive Wohnungsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer Bedarfsgemeinschaft in einem Haushalt leben und wirtschaften. So zählen z.B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerete nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft einsetzt (Ausnahme: Kinder), eine sog. bedingte Einstandspflicht.</p> <p>Zweckgemeinschaften (wie z. B. Studenten-WGs) fallen nicht unter die Definition der Bedarfsgemeinschaft.</p>
<p><b>Hilfebedürftigkeit von Personen nach dem SGB II</b></p>	<p>Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.</p> <p>Leistungsberechtigte Personen nach SGB II sind alle Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft als rechtliches Konstrukt nach dem SGB II im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Unter Personen nach dem SGB II werden demnach alle in § 7 SGB II aufgeführten „Leistungsberechtigten“ zusammengefasst und setzen sich in erster Linie zusammen aus den erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (s. dazu auch Erläuterungen zu Bedarfsgemeinschaft, erwerbsfähige Leistungsberechtigte und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte).</p> <p>Obwohl minderjährige Kinder von Bedarfsgemeinschaften mit eigenem, den Bedarf übersteigendem Einkommen, rechtlich nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft zugeordnet werden, sind diese in der Summe der leistungsberechtigten Personen nach SGB II mit erfasst und gehören aus statistischer Sicht zur Bedarfsgemeinschaft.</p>
<p><b>Erwerbsfähige Leistungsberechtigte</b></p>	<p>Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) gelten gem. § 7 SGB II Personen, die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben,</li> <li>- erwerbsfähig sind,</li> <li>- hilfebedürftig sind und</li> <li>- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.</li> </ul> <p>Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.</p> <p>Hilfebedürftig ist gem. § 9 SGB II, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen erhält.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W1 Beschäftigungsquote insgesamt

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Beamte, Selbständige und andere nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige sind in der Kennzahl nicht berücksichtigt. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, so dass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.</p> <p>Die Beschäftigungsquote ist als ein Schlüsselindikator zur Beurteilung des Beschäftigungsstandes in einer Region zu beurteilen. Sie zeigt an, in welchem Umfang sich soziodemographische Voraussetzungen, insbesondere Zahl und Struktur der Bevölkerung, auf die Beschäftigung auswirken. Die Nennergröße, die Zahl der erwerbsfähigen Personen von 15 bis unter 65 Jahren, hängt von mehreren Faktoren ab. Geburtenentwicklung und Lebenserwartung wirken eher langfristig, kurz-, mittel- und langfristigen Einfluss haben Wanderungen und Pendlerströme. Welcher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, unterliegt ebenfalls vielfältigen, regional unterschiedlich ausgeprägten Einflüssen. Dazu gehören die Erwerbsneigung in der Bevölkerung, die Wirtschaftslage der Unternehmen sowie qualitative Aspekte des Zusammenspiels von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, darunter auch die Arbeitsmarktpolitik.</p>

### W2 Beschäftigungsquote der Älteren (50 bis unter 65 Jahre)

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Alter von 50 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 50 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Grad der Beschäftigung Älterer und kann somit spezifische Potenziale und Bedarfe der Beschäftigungsförderung in dieser Altersgruppe aufzeigen. Von einer hohen Beschäftigungsquote Älterer können einerseits positive Auswirkungen im Hinblick auf die soziale Integration ausgehen, andererseits ist sie eine wichtige Voraussetzung, um die Folgen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme beherrschbar zu machen.</p> <p>Auf die Neigung Älterer, am Erwerbsleben teilzunehmen und auf die Bereitschaft von Betrieben, ältere Beschäftigte länger zu halten oder neu einzustellen, kann mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten Einfluss genommen werden. Auf individueller Ebene sind die Anreize von hoher Bedeutung, die mit einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben einerseits und mit einer längeren Erwerbsarbeit andererseits verbunden sind.</p>

### W3 Anteil älterer Beschäftigter (50 bis unter 65 Jahre)

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 50 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	30.06.2011
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	Hohe Anteile älterer Beschäftigter können auf hohe Abgänge in Folgejahren hinweisen. Mögliche Folgen sind ein entsprechender Ersatzbedarf seitens der Unternehmen, aber bei hoher Arbeitslosigkeit auch anstehende Entlastungen des Arbeitsmarkts, falls der Nachwuchs gering ist.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W4 Beschäftigungsquote der Frauen

<b>Zähler</b>	Weibliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Weibliche Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Grad der Beschäftigung von Frauen. Er kann Potenziale und Bedarfe für die Förderung der Beschäftigung von Frauen aufzeigen, aber auch anzeigen, wo die Beschäftigung von Frauen bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Bei der Bewertung der Kennzahl sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen zu berücksichtigen, darunter die deutlich höheren Anteile von Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sowie Berufs- und Branchenpräferenzen. Hohe bzw. niedrige Quoten können das Vorhandensein bzw. Fehlen spezifischer Beschäftigungssegmente oder Elemente im Branchenmix einer Region anzeigen.

### W5 Entwicklung der Beschäftigung

<b>Zähler</b>	Differenz von Endbestand und Anfangsbestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren am Anfang des Betrachtungszeitraums (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	Ausgangszeitpunkt = 30.06.2000; Endzeitpunkt = 30.06.2011
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	Veränderungsrate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über die letzten 8 Jahre hinweg; Wachstum, wenn positiv; Schrumpfung, wenn negativ. Die Veränderungsrate mittelt über die Konjunkturphasen hinweg: in Deutschland kann man bundesweit von einem konjunkturellen Hoch im Jahr 2000, einem Tief im Jahr 2005 und einem erneuten Hoch im Jahr 2008 ausgehen. Die Rate wird für die Teilgruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren nach dem Wohnortprinzip berechnet. Sie stellt insoweit die Entwicklung der Beschäftigung der Wohnbevölkerung dar, nicht die der (ungefähren) Zahl der Arbeitsplätze in einer Region.

### W6 Arbeitslosenquote

<b>Zähler</b>	Arbeitslose
<b>Nenner</b>	alle zivile Erwerbspersonen
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	wird i. d. R. im Mai überwiegend auf Basis von Daten aus dem Juni des Vorjahres neu berechnet und für 12 Monate genutzt
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Arbeitslosenstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA unter Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes: Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote/ Unterbeschäftigungsquote; diese Bezugsgröße ist nicht zur weiteren Verwendung zugelassen.
<b>Aussage</b>	Dieser Indikator zeigt an, inwieweit Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbspersonen in einem bestimmten Gebiet vorhanden sind. Beeinflusst wird die Höhe der Arbeitslosigkeit unter anderem durch konjunkturelle Schwankungen sowie durch strukturelle Besonderheiten. Neben der Arbeitslosigkeit nach gesetzlicher Definition sollte die Unterbeschäftigung in einer Region (siehe W7) differenziert in die Bewertung einbezogen werden.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W7 Unterbeschäftigungsquote

<b>Zähler</b>	Personen in Unterbeschäftigung (bei Bundesländern und Regionaldirektionen mit, bei Agenturen und Kreisen ohne Kurzarbeit)
<b>Nenner</b>	alle zivile Erwerbspersonen plus Teilnehmer an entlastenden Fördermaßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern (also ohne geförderte Selbständigkeit und Beschäftigungsschaffende Maßnahmen)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	wird i. d. R. im Mai überwiegend auf Basis von Daten aus dem Juni des Vorjahres neu berechnet und für 12 Monate genutzt
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Arbeitslosenstatistik, Förderstatistik, Leistungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Zivile Erwerbspersonen: Statistik der BA unter Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes – Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote/ Unterbeschäftigungsquote; diese Bezugsgröße ist nicht zur weiteren Verwendung zugelassen. Teilnehmer an entlastenden Fördermaßnahmen: Statistik der BA
<b>Aussage</b>	Berücksichtigung finden in dieser Quote neben registrierter Arbeitslosigkeit auch Personen, die aufgrund der Teilnahme an Maßnahmen nicht arbeitslos sind oder nahe am Arbeitslosenstatus sind. Als Beispiele können genannt werden: Trainingsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen, zweiter Arbeitsmarkt. Hinsichtlich des Niveaus wird ein möglichst umfassendes Bild des Defizits an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. In Bezug auf intertemporale Vergleiche lässt sich sagen: Realwirtschaftlich bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt können anhand dieser Quote gut erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert. Auch für interregionale Vergleiche bietet diese Quote gute Voraussetzungen: Realwirtschaftlich bedingte Unterschiede zwischen den Regionen werden gut erkannt, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik in der Unterbeschäftigung berücksichtigt wird.

### W8 Unterbeschäftigungsquote der Jüngeren (15 bis unter 25 Jahre)

<b>Zähler</b>	Personen 15 bis unter 25 Jahre in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)
<b>Nenner</b>	alle zivile Erwerbspersonen plus Teilnehmer an entlastenden Fördermaßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern (also ohne geförderte Selbständigkeit und Beschäftigungsschaffende Maßnahmen), 15 bis unter 25 Jahre.
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	wird i. d. R. im Mai überwiegend auf Basis von Daten aus dem Juni des Vorjahres neu berechnet und für 12 Monate genutzt
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Arbeitslosenstatistik, Förderstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Zivile Erwerbspersonen: Statistik der BA unter Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes – Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote/ Unterbeschäftigungsquote; diese Bezugsgröße ist nicht zur weiteren Verwendung zugelassen. Teilnehmer an entlastenden Fördermaßnahmen: Statistik der BA
<b>Aussage</b>	Siehe Indikator W7. Dieser Indikator ist von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung, weil der Blickwinkel auf einen jüngeren Personenkreis gerichtet und deren Betroffenheit von Unterbeschäftigung widergespiegelt wird. Jüngere stellen für den Arbeitsmarkt ein wichtiges Potenzial dar, das ggf. aufgrund unterschiedlichster struktureller Problemlagen nicht ausgeschöpft werden kann.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W9 Tertiärisierungsgrad

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Arbeitsortprinzip im Tertiären Sektor (Wirtschaftsabschnitte G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, H Verkehr und Lagerei, I Gastgewerbe, J Information und Kommunikation, K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, L Grundstücks- und Wohnungswesen, M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung, P Erziehung und Unterricht, Q Gesundheits- und Sozialwesen, R Kunst, Unterhaltung und Erholung, S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt, U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	30.06.2011
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	<p>Der Tertiärisierungsgrad zeigt die Bedeutung des Dienstleistungssektors in der regionalen Beschäftigungsstruktur. Ein hoher Tertiärisierungsgrad kann darauf hindeuten, dass der Sektorenwandel weit vorangeschritten ist.</p> <p>Nach der Sektoretheorie dominiert in Volkswirtschaften zunächst die Landwirtschaft, danach die Industrie, später der Dienstleistungssektor. Dieser Wandel lässt sich in Deutschland und in den anderen Industrieländern in den letzten zwei Jahrhunderten belegen. Wichtige Einflussfaktoren sind Anstiege der Einkommen und der Arbeitsproduktivität, die zu gewandelter Nachfrage und zu verändertem Arbeitskräftebedarf in den Sektoren führen. Zusätzliche jüngere Gründe für Zuwächse im Dienstleistungssektor können zum einen eine steigende Nachfrage des produzierenden Sektors etwa nach Transport-, Kommunikations-, Forschungs- und Beratungsdiensten sowie die Auslagerung von Unternehmensfunktionen an spezialisierte Dienstleistungsunternehmen sein. Zum anderen diversifizieren Dienstleister ihr Angebot, erschließen neue Märkte und entwickeln innerhalb ihres Sektors aufeinander aufbauende Aktivitäten.</p> <p>Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der tertiäre Sektor sehr heterogen ist und die einzelnen Dienstleistungsbranchen regional unterschiedliche Bedeutung haben. Zudem ist zu beachten, dass der wirtschaftsfachliche Schwerpunkt des einzelnen Betriebes dessen Wirtschaftszweig und somit auch den der Beschäftigten bestimmt. Nicht bekannt ist, in welchem Umfang z. B. im produzierenden Gewerbe Beschäftigte in unternehmensinternen Dienstleistungsbereichen beschäftigt sind.</p>

### W10 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in €

<b>Zähler</b>	Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen. Die Daten auf Agenturebene wurden auf Basis der Kreisergebnisse berechnet.
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahressumme 2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	Jahresdurchschnitt 2009
<b>Quelle Zähler</b>	Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"
<b>Quelle Nenner</b>	Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"
<b>Aussage</b>	<p>Das Bruttoinlandsprodukt ist das wichtigste Produktionsmaß für die wirtschaftliche Entwicklung und ein Wohlstandsindikator. Bei der Interpretation des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner ist zu berücksichtigen, dass z. B. Einpendler in eine Region zwar an der Erwirtschaftung der Gesamtleistung beteiligt, jedoch nicht in der Zahl der Einwohner enthalten sind. So kann es in wirtschaftlichen Zentren bei einem hohen Anteil von Pendlern zu Ergebnissen kommen, die ein sehr hohes regionales BIP je Einwohner zeigen, während die umliegenden Regionen ein niedrigeres regionales BIP je Einwohner aufweisen, obwohl das Primäreinkommen der Haushalte in diesen Regionen recht hoch ist. Man darf also das regionale BIP je Einwohner nicht mit dem regionalen Primäreinkommen gleichsetzen.</p> <p>Aufgrund der noch laufenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder liegen noch keine aktuelleren Werte vor; auch bei den in diesem Produkt veröffentlichten Daten ist mit revisionsbedingten Änderungen zu rechnen.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W11 Teilzeitquote

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Teilzeit (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	30.06.2011
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	<p>Die Teilzeitquote ist ein Indikator, der das Ausmaß der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung am personellen Gesamtvolumen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beschreibt. Teilzeit ist jede Beschäftigung, die weniger Stunden umfasst als eine Vollzeitbeschäftigung.</p> <p>Einerseits gilt Teilzeitbeschäftigung als flexible Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird daher gefördert. Andererseits kann es zu Nachteilen aufgrund der verminderten Einkommen und der geringeren Einbindung in die sozialen Sicherungssysteme führen.</p> <p>Im Zeitverlauf lässt sich bei beiden Geschlechtern eindeutig ein Trend hin zur Teilzeitarbeit feststellen. Teilzeitarbeit wird aber von Frauen dominiert - dies ist zu einem großen Umfang durch traditionelle Rollenkonzepte zu erklären.</p> <p>Bei Teilzeitbeschäftigung handelt es sich nicht ausschließlich um selbstgewählte Arbeitszeit wie beispielsweise Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Der Wunsch nach mehr Arbeit ist bei Teilzeitbeschäftigten mit beinahe einem Viertel stark ausgeprägt und darauf zurückzuführen, dass keine Vollzeitbeschäftigung gefunden wurde oder Teilzeitbeschäftigung häufig aus persönlichen oder familiären Gründen heraus angenommen wird. Unterschiede gibt es neben dem Geschlecht vor allem zwischen den Bundesländern in Ost- und Westdeutschland.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W12 Einpendlerquote

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort; ohne diejenigen mit Arbeitsort=Wohnort)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	30.06.2011
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	<p>Anhand von Einpendler- und Auspendlerquoten lassen sich Mobilitätsströme einer Region in Bezug darauf abbilden, ob eine Region als Einpendler- oder Auspendlerregion zu betrachten ist.</p> <p>Die Höhe der Pendlerquoten bilden Unterschiede hinsichtlich des Arbeitsplatzangebotes in einer Region in Form von möglichen Arbeitsplatzüberangeboten sowie -defiziten ab: So deuten hohe Einpendlerquoten auf ein gutes Angebot an Arbeitsplätzen hin; umgekehrt kennzeichnen hohe Auspendlerquoten Arbeitsplatzdefizite einer Region.</p> <p>Wichtig bei der Interpretation ist die Berücksichtigung weiterer struktureller Gegebenheiten einer Region. Eine hohe Auspendlerquote allein ist kein zuverlässiger Indikator für einen Mangel an Beschäftigung und damit einhergehender struktureller Probleme. So kann eine hohe Auspendlerquote auf eine attraktive Region mit vielen Beschäftigten hinweisen, deren Arbeitsplätze in einer anderen Region liegen. Insbesondere in Metropolregionen wird man solche Konstellationen vorfinden.</p>

### W13 Auspendlerquote

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Wohnort; ohne diejenigen mit Arbeitsort=Wohnort)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	30.06.2011
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	siehe Einpendlerquote

### D1 Bevölkerungsentwicklung

<b>Zähler</b>	Differenz von Endbestand und Anfangsbestand der Bevölkerung
<b>Nenner</b>	Bevölkerung im Ausgangsjahr
<b>Zeitbezug</b>	Ausgangszeitpunkt = 31.12.2000; Endzeitpunkt = 31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Die Bevölkerungsentwicklung ist Ergebnis des Zusammenspiels von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen in einem Raum und einem Zeitabschnitt. Bei Wanderungen ist zwischen Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands (z. B. zwischen Agenturbezirken) und Zu- und Abwanderung aus dem bzw. in das Ausland zu unterscheiden.</p> <p>Der in den kommenden Jahrzehnten im Zuge des demographischen Wandels stattfindende Bevölkerungsrückgang in Deutschland wird regional sehr unterschiedlich ablaufen. Bereits heute stehen schrumpfenden Regionen stagnierende und solche mit Bevölkerungsgewinnen gegenüber. Bevölkerungsrückgang – insbesondere infolge altersspezifischer Abwanderung (siehe Indikator B3) – kann einerseits Folge eines problematischen regionalen Arbeitsmarkts sein, wirkt andererseits aber auch auf den Arbeitsmarkt zurück: Ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots hat entlastende Effekte, stellt aber auch einen Standortnachteil für Unternehmen und somit ein mögliches Investitionshemmnis dar. Nachteilig für die Investitionsneigung kann auch der Rückgang der regionalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge von Bevölkerungsverlusten sein. Bevölkerungszunahme wirkt jeweils in die entgegengesetzte Richtung.</p> <p>Durch die Wahl des Zeitraums mittelt der Indikator über eventuell vorhandene Phasen unterschiedlicher Dynamik hinweg, ist aber auch weniger beeinflusst durch kurzfristige aktuelle Veränderungen.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### D2 Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren

<b>Zähler</b>	Bevölkerung unter 25 Jahren
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Bei diesem Indikator sind zwei Altersgruppen zu unterscheiden. Hohe Anteile der unter 15-Jährigen deuten auf eine überdurchschnittliche Attraktivität für Familien mit Kindern hin, die z. B. häufig im Umland der Kernstädte von Verdichtungsräumen zu finden ist. Unter demographischen Gesichtspunkten und somit auch mit Blick auf die Attraktivität als Wirtschaftsstandort sind dies gute Voraussetzungen, insbesondere wenn die Indikatoren zu sozialer Lage und Bildungsstand (siehe S und B) positiv sind. Ob diese Altergruppe jedoch für Ausbildung und Erwerbstätigkeit später in der Region bleibt oder abwandert, hängt stark von den Möglichkeiten des regionalen Arbeitsmarkts und den (Aus-)bildungsangeboten ab.</p> <p>Entsprechend weisen höhere Anteile in der Gruppe der 15-24-Jährigen darauf hin, dass ein vielfältiges Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot in einer Region erwartet und/oder vorgefunden wird. Dies bedeutet einerseits einen höheren Druck auf den Arbeitsmarkt, andererseits aber auch eine überdurchschnittliche Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Bei der Interpretation dieser Kennzahl sollte somit auch der Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen (siehe B3) beachtet werden.</p>

### D3 Anteil der Bevölkerung ab 50 Jahren

<b>Zähler</b>	Bevölkerung 50 Jahre und älter
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Hohe Werte bei diesem Indikator können u. a. Folge der Zuwanderung Älterer, insbesondere von Altersruhesitzwanderern, oder der Abwanderung jüngerer Altersgruppen sein (siehe B3). Hohe Anteile der 50- bis 64-Jährigen weisen in eine ähnliche Richtung wie Indikator W3 und geben somit Hinweise auf mögliche anstehende Entlastungen des Arbeitsmarkts. Überdurchschnittliche Werte bei diesem Indikator sind mit Blick auf die Attraktivität als Wirtschaftsstandort insbesondere dann kritisch zu beurteilen, wenn sie mit der Abwanderung Jüngerer und einer problematischen sozialen Lage (siehe B3 und S) einhergehen.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### D4 Jugend-Alter-Relation in der Bevölkerung

<b>Zähler</b>	Bevölkerung unter 25 Jahren
<b>Nenner</b>	Bevölkerung 50 Jahre und älter
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Dieser Indikator gibt an, wie viele unter 25-Jährige auf jeweils 100 Personen über 50 Jahre entfallen. Hohe Werte bei diesem Indikator deuten auf eine relativ junge Bevölkerung hin, niedrige auf eine möglicherweise problematische Überalterung. Mögliche Einflussfaktoren sind neben der Geburtenrate insbesondere altersspezifische Wanderungen. Hohe Werte weisen insbesondere dann auf gute Bedingungen einer Region als Wirtschaftsstandort hin, wenn soziale Lage (siehe S) und Bildung (siehe B) positiv zu bewerten sind. Niedrige Werte können auf aktuelle oder künftige Probleme für Unternehmen hindeuten, ihren Arbeitskräftebedarf zu decken.

### D5 Ausländeranteil in der Bevölkerung

<b>Zähler</b>	Ausländische Bevölkerung
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Ein hoher Ausländeranteil deutet auf eine vergangene oder noch anhaltende Attraktivität einer Region als Ziel von Zuwanderung aus dem Ausland hin. Die Werte sind insgesamt in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland und in Verdichtungsräumen höher als in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte. Hohe Ausländeranteile können sich, zusammen mit einer höheren Geburtenrate der ausländischen Bevölkerung, demographisch und mit Blick auf die Angebotsseite des Arbeitsmarkts positiv auswirken. Positive Effekte sind auch unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt in Gesellschaft und Arbeitsmarkt denkbar. Kritisch zu beurteilen sind hohe Ausländeranteile, wo Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt nicht wie gewünscht gelingen und Ausländer weit überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 und der damit zusammenhängenden erleichterten Einbürgerung ist der Anteil deutscher Staatsangehöriger mit einem Migrationshintergrund deutlich angestiegen. Der Ausländeranteil gibt somit nur begrenzt Auskunft über die zahlenmäßige Bedeutung von Zuwanderern aus dem Ausland und deren Nachkommen in einer Region.

### S1 SGB-II-Quote (insgesamt)

<b>Zähler</b>	hilfebedürftige Personen nach dem SGB II (erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 65 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2011 mit dreimonatiger Wartezeit
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010 für das erste Halbjahr von 2011, 31.12.2011 für das zweite Halbjahr
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Grundsicherungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Bei den derzeit ausgewiesenen hilfebedürftigen Personen handelt es sich überwiegend um Leistungsempfänger, aber auch um Personen im Umfeld der Bedarfsgemeinschaft (enthalten sind beispielsweise auch Kinder in BG, die aufgrund von eigenem Einkommen selbst nicht hilfebedürftig sind). Der Indikator spiegelt das relative Ausmaß der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen Personen in einer Region wider. Hohe Werte bilden tendenziell längerfristige, verfestigte soziale Problemlagen in einer Region und dem jeweils zugehörigen Arbeitsmarkt mit seiner ökonomischen Struktur ab – es handelt sich um Regionen mit wenig Bewegung und Aufnahmefähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Der Jahresendwert der Bevölkerung eines Jahres wird als Bezugsgröße für das halbe Jahr vor und das halbe Jahr nach dem 31.12. herangezogen (Umstellung in der Berechnungsweise ab Oktober 2012).

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### S2 SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen

<b>Zähler</b>	hilfebedürftige Personen nach SGB II unter 15 Jahren (nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 15 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2011 mit dreimonatiger Wartezeit
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010 für das erste Halbjahr von 2011, 31.12.2011 für das zweite Halbjahr
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Grundsicherungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahren), können als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft bei Hilfebedürftigkeit Leistungen erhalten.</p> <p>Die Betroffenheit nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter von Grundsicherungsleistungen ist in mehrfacher Hinsicht als problematisch einzuschätzen. Der Bezug von Grundsicherungsleistungen kann Ursache für ungleiche soziale Rahmenbedingungen und Zugangsvoraussetzungen zu gesellschaftlichen Einrichtungen bereits im Kindes- und Jugendalter sein. Zudem verbleiben Bedarfsgemeinschaften mit nicht erwerbsfähigen Kindern länger im Bezug von Leistungen nach dem SGB II als andere Bedarfsgemeinschaftstypen; insofern kann aus diesen Problemlagen die Gefahr einer Verfestigung des Grundsicherungsanspruchs in den betroffenen Bedarfsgemeinschaften und ihren Mitgliedern resultieren.</p> <p>Der Jahresendwert der Bevölkerung eines Jahres wird als Bezugsgröße für das halbe Jahr vor und das halbe Jahr nach dem 31.12. herangezogen (Umstellung in der Berechnungsweise ab Oktober 2012).</p>

### S3 Betreuungsquote der Kinder unter 6 Jahren

<b>Zähler</b>	Kinder unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 6 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	01.03.2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2010
<b>Quelle Zähler</b>	<p>Statistisches Bundesamt; die Daten entstammen dem Bericht „Kindertagesbetreuung regional - Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland - 2011“ (<a href="https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405117004.pdf?__blob=publicationFile">https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405117004.pdf?__blob=publicationFile</a>).</p> <p>Die Daten liegen nicht auf Agenturebene vor und können ausschließlich auf Kreisebene ausgewiesen werden.</p>
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Die Betreuungsquote gibt Auskunft über die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen (Kindergärten u. a.) und in der Kindertagespflege (Tagesmütter und Tagesväter). Die Bereitstellung und Nutzung entsprechender Angebote kann vor dem Hintergrund demographischer sowie sozial- und arbeitsmarktpolitischer Aspekte betrachtet werden. So können entsprechende Betreuungsmöglichkeiten Paare bei der Realisierung ihrer Kinderwünsche unterstützen und somit positiv auf die Geburtenrate wirken. Zu den sozialen Aspekten zählen Erziehung und Bildung sowie die Vermittlung von Sozialisationserfahrungen. Arbeitsmarktpolitisch sind Angebote der Kindertagesbetreuung wichtige Elemente, um Müttern und Vätern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.</p> <p>Altersspezifische Betreuungsquoten unterscheiden sich regional zum Teil erheblich. So nehmen in Ostdeutschland Eltern von Kindern unter 3 Jahren deutlich häufiger ein Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung in Anspruch als in den westdeutschen Bundesländern. Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu sehr hohen Anteilen in Kindertagesbetreuung. Aufgrund des Nachholbedarfs kam es zuletzt in Westdeutschland zu einem teils deutlichen Anstieg der Betreuungsquote; aber auch in Ostdeutschland stieg die Betreuungsquote weiter an.</p>

### B1 Anteil der höher Qualifizierten an den Beschäftigten

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	30.06.2011
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	<p>Ein hoher Anteil höher qualifizierter Personen in einer Region kann zum einen das regionenspezifische, gut ausgebildete Arbeitsmarktpotenzial abbilden, zum anderen weist es auf günstige Voraussetzungen einer Region als Anziehungspunkt für neue wirtschaftliche Ansiedelungen hin.</p> <p>Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Dimension Ausbildung im Datenbestand hohe Anteile mit den Ausprägungen „Ausbildung unbekannt“ bzw. „keine Zuordnung möglich“ aufweist: Auf Agenturebene lagen diese Anteile 2010 z.B. zwischen 9% und 31%.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 14.12.2012

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### B2 Anteil Abgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Absolventen/Abgängern allgemeinbildender Schulen

<b>Zähler</b>	Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss
<b>Nenner</b>	Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	Schuljahr 2010/11
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Mit der Umstellung auf kreisstarke Agenturstrukturen wurde die Datenbasis für den Indikator geändert. In der Quote sind die Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Integrierten Gesamtschulen, Freien Waldorfschulen und Förder-/Sonderschulen) enthalten. Als Absolventen gelten alle, die den typischen Abschluss einer Schulart erreicht haben, auch wenn sie noch zum Erwerb eines höherwertigen Abschlusses im allgemeinbildenden Schulsystem verbleiben. Abgänger verlassen die Schule in der Regel nach Ableistung der Vollzeitschulpflicht ohne Abschluss. Abschlüsse des sogenannten 2. Bildungsweges sind enthalten. In einzelnen Bundesländern kann ein Fachhochschulabschluss nur an einer beruflichen Schule erworben werden. Aufgrund der unterschiedlichen Bildungspolitik der einzelnen Bundesländer insbesondere im Bereich der beruflichen Schulen werden die beruflichen Schulen nicht einbezogen.</p> <p>Hohe Anteile von Abgängern ohne Hauptschulabschluss weisen zum einen auf schlechte Chancen für Unternehmen auf adäquate Stellenbesetzungen hin, auf der anderen Seite kann der Indikator auch als Hinweis auf einen Wirtschaftsstandort mit einem Branchenmix interpretiert werden, der in einem unterdurchschnittlichen Ausmaß durch höhere Bildungsabschlüsse geprägt ist. Festzuhalten ist, dass sich für Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nur wenige Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Die Quote kann allerdings nicht berücksichtigen, wie viele der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss beabsichtigen, einen qualifizierten Schulabschluss an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule nachzuholen.</p>

### B3 Relativer Wanderungssaldo (18 bis unter 25 Jahre)

<b>Zähler</b>	Saldo aus Zu- und Fortzügen der 18- bis unter 25-Jährigen
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 18 bis unter 25 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Kalenderjahr 2011
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2011
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Ein positiver Wanderungssaldo der 18-24-Jährigen in einer Region deutet auf einen Arbeitsmarkt hin, der durch ein entsprechendes Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzangebot Zukunftsperspektiven für Jüngere bereit hält. Dementsprechend ist ein Mehr an Fortzügen als Indikator für ein geringes Arbeitsangebot und wenig Möglichkeiten für zukunftsichere individuelle Planung Jüngerer zu bewerten. Bei der Analyse und Interpretation der Ergebnisse ist das Vorhandensein bzw. Fehlen von Standortfaktoren zu berücksichtigen, die Zu- und Fortzüge begünstigen, wie etwa Hochschulen.</p>

### B4 Ausbildungsquote

<b>Zähler</b>	Auszubildende insgesamt (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Nenner</b>	alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (nach dem Arbeitsortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2011
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator nach der hier verwendeten Definition gibt den Anteil aller Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor ist das Ausbildungsangebot der Betriebe. Mit Blick darauf können regionale Unterschiede der Ausbildungsquote zum einen auf unterschiedliche Branchenstrukturen zurückgeführt werden. So lassen sich Wirtschaftszweige und Berufsbereiche mit einer langen Tradition der dualen Berufsausbildung wie das Handwerk oder die gewerblich-technischen Berufe von Bereichen mit geringerer Ausbildungstradition und Ausbildungsneigung, insbesondere in Teilen des Dienstleistungssektors, unterscheiden. Zum anderen können Betriebsgrößenstrukturen regionale Unterschiede bedingen: Größere Betriebe beteiligen sich häufiger an der Ausbildung als Kleinbetriebe, bei letzteren liegen aber bei innerbetrieblicher Betrachtung die Anteile der Auszubildenden an den Beschäftigten im Durchschnitt höher als bei ersteren. Des Weiteren wirken die konjunkturelle Lage und die regionale Arbeitsmarktverfassung auf das Angebot an Ausbildungsplätzen und somit auf die Ausbildungsquote.</p> <p>Ein weiterer Einflussfaktor ist die Nachfrage nach Ausbildungsstellen. Ein annähernd konstantes Bildungswahlverhalten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorausgesetzt, ist vor allem in vielen ostdeutschen Regionen mit sinkenden Zahlen an Schulabsolventen und somit einer geringeren Nachfrage zu rechnen, während in vielen Regionen Westdeutschlands zumindest mittelfristig mit einer konstanten, kurzfristig teilweise steigenden Nachfrage nach Berufsausbildungen gerechnet werden kann. Mit einer geringen Ausbildungsquote kann einerseits eine höhere Jugendarbeitslosigkeit einhergehen, andererseits kann sie auf mittlere Sicht Fachkräftemangel zur Folge haben.</p>

## Statistik-Infoseite

Im **Internet** finden Sie weiterführende Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

---

**Statistische Daten** erhalten Sie unter "Statistik nach Themen":

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Statistik-nach-Themen-Nav.html>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt im Überblick](#)  
[Arbeitslose und gemeldetes Stellenangebot](#)  
[Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen](#)  
[Ausbildungsstellenmarkt](#)  
[Beschäftigung](#)  
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)  
[Leistungen SGB III](#)  
[Statistik nach Berufen](#)  
[Statistik nach Wirtschaftszweigen](#)  
[Zeitreihen](#)  
[Eingliederungsbilanzen](#)  
[Kreisdaten](#)  
[Eingliederung behinderter Menschen](#)

Daten bis 12/2004 finden Sie unter dem Menüpunkt "Archiv bis 2004"

---

**Glossare** zu den verschiedenen Fachstatistiken finden Sie hier:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Glossare/Glossare-Nav.html>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt](#)  
[Ausbildungsstellenmarkt](#)  
[Beschäftigung](#)  
[Förderstatistik/Eingliederungsbilanzen](#)  
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)  
[Leistungen SGB III](#)

---

**Hintergründe zur Statistik** nach dem SGB II und III und zur Datenübermittlung nach § 51b SGB II finden Sie unter dem Auswahlpunkt "Grundlagen":

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Grundlagen-Nav.html>